

Senatsbeschlüsse

über die 178. Sitzung des Senats

am 25.09.2018, 11:15 Uhr

- 4352.) "Zustand der Feuerwache Bremen Osterholz"  
(Anfrage der Fraktion der CDU - S 01)  
(Vorlage 2369/19)
- 

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2369/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der CDU in der Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.

- 4353.) "Bremisches Erinnerungskonzept Kolonialismus"  
(Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN - S 02)  
(Vorlage 2367/19)
- 

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2367/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.

- 4354.) "Verkehrssicherheit erhöhen – Maßnahmen gegen Autoposer"  
(Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN - S 03)  
(Vorlage 2381/19)
- 

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2381/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.

- 4355.) "Barrierefreiheit auf Gehwegen in Baustellenbereichen"  
(Anfrage der Fraktion der FDP - S 04)  
(Vorlage 2379/19)
- 

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2379/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der FDP in der Fragestunde der Stadtbürgerschaft mit der Maßgabe folgender Änderungen zu:

Der zweite Satz der Antwort auf Frage 3 erhält die folgende Fassung:

„Im Rahmen der Durchführung einzelner Maßnahmen wird angestrebt, vorhandene barrierefreie Einrichtungen für einen möglichst langen Zeitraum aufrechtzuerhalten und vorzunehmende Umbauzeiten so kurz wie möglich zu halten.“

- 4356.) "Skateranlage im Postamt vor dem Aus"  
(Anfrage der Fraktion DIE LINKE - S 05)  
(Tischvorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 21.09.2018 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 24.09.2018)
- 

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 24. September 2018 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKE in der Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.

4357.) "Gewalt in Krankenhäusern"  
(Anfrage der Fraktion der CDU - S 06)  
(Vorlage 2391/19)

---

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2391/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der CDU in der Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.

4358.) "Widersprüchliche Aussagen hinsichtlich des Neubaus der Sporthalle für die Oberschule im Park"  
(Anfrage der Fraktion DIE LINKE - S 07)  
(Tischvorlage der Senatorin für Kinder und Bildung vom 21.09.2018)

---

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Kinder und Bildung vom 21. September 2018 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKE in der Fragestunde der Stadtbürgerschaft mit der Maßgabe folgender Änderungen:

In der Antwort auf Frage 3 werden im vorletzten Absatz im vorletzten Satz das Wort „muss“ in „müsste“ und im letzten Satz das Wort „ist“ in „wäre“ geändert.

4359.) "Juniorwahlen 2019"  
(Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN - S 08)  
(Tischvorlage der Senatorin für Kinder und Bildung vom 21.09.2018)

---

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Kinder und Bildung vom 21. September 2018 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.

- 4360.) "Dualer Studiengang Soziale Arbeit"  
(Anfrage der Fraktion der SPD - L 01)  
(Vorlage 2376/19)
- 

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2376/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der SPD in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 4361.) "Wie berücksichtigt die Jugendberufsagentur die Zielgruppe junge Mütter?"  
(Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN - L 03)  
(Tischvorlage des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 21.09.2018)
- 

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 21. September 2018 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 4362.) "Schulgeldfreiheit in den Therapieberufen"  
(Anfrage der Fraktion DIE LINKE - L 04)  
(Tischvorlage der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 21.09.2018)
- 

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 21. September 2018 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKE in der

Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) mit der Maßgabe folgender Änderung zu:

In der Antwort auf Frage 1 wird die Klammer „(Stand Juni)“ ersatzlos gestrichen.

- 4363.) "Vergabe von Erbbaurecht im Lande Bremen"  
(Anfrage der Fraktion DIE LINKE - L 05)  
(Vorlage 2386/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 24.09.2018)
- 

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 24. September 2018 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKE in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 4364.) "Bewerberzahlen an Bremischen Hochschulen"  
(Anfrage der Fraktion der CDU - L 06)  
(Vorlage 2377/19)
- 

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2377/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der CDU in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) mit der Maßgabe folgender Änderungen zu:

- In der Antwort auf Frage 1 wird am Ende des ersten Absatzes das Wort „sich“ ersatzlos gestrichen.
- In der Antwort auf Frage 3 wird im vorletzten Satz das Wort „deren“ in das Wort „ihr“ geändert.

4365.) "Passersatzpapiere"  
(Anfrage der Fraktion der CDU - L 07)  
(Vorlage 2370/19)

---

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2370/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der CDU in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

4366.) "Wie ist es um die Zukunft des Instandhaltungswerks der Deutschen Bahn in Bremen-Sebaldsbrück bestimmt?"  
(Anfrage der Fraktion der CDU - L 08)  
(Vorlage 2387/19)

---

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2387/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der CDU in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) mit der Maßgabe folgender Änderung zu:

In der Antwort auf Frage 1 wird im ersten Satz das Wort „sechs“ durch das Wort „folgende“ ersetzt.

4367.) "Gibt es Probleme bei der Auszahlung von Erschwerniszulagen?"  
(Anfrage der Fraktion der CDU - L 09)  
(Vorlage 2371/19)

---

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2371/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der CDU in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 4368.) "Neonazi-Hooligans als Imbissbetreiber am Campus der Uni?"  
(Anfrage der Fraktion DIE LINKE - L 10)  
(Vorlage 2372/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Inneres vom 24.09.2018)
- 

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Inneres vom 24. September 2018 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKE in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 4369.) "Unbearbeitete Verdachtsmeldungen wegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung"  
(Anfrage der Fraktion DIE LINKE - L 11)  
(Vorlage 2373/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Inneres vom 24.09.2018)
- 

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Inneres vom 24. September 2018 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKE in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 4370.) "Tiere auf der Autobahn"  
(Anfrage der Fraktion der CDU - L 12)  
(Vorlage 2364/19)
- 

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2364/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der CDU in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) mit der Maßgabe folgender Änderung zu:

In der Antwort auf Frage 2 wird im letzten Satz das Wort „Aspekte“ ersatzlos gestrichen.

- 4371.) "Das "Knöllchen" im digitalen Zeitalter"  
(Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN - L 13)  
(Vorlage 2374/19)
- 

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2374/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 4372.) "Umgang mit Kinderehen"  
(Anfrage des Abgeordneten Tassis (AfD) - L 14)  
(Vorlage 2384/19)
- 

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2384/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage des Abgeordneten Tassis (AfD) in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 4373.) "Umsetzung von Altersfeststellungen"  
(Anfrage des Abgeordneten Tassis (AfD) - L 15)  
(Vorlage 2378/19)
- 

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2378/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage des Abgeordneten Tassis (AfD) in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

4374.) "Finanzgeschäfte des Landes Bremen und der Stadtgemeinden"  
(Anfrage des Abgeordneten Tassis (AfD) - L 16)  
(Vorlage 2375/19)

---

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2375/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage des Abgeordneten Tassis (AfD) in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

4375.) "Kirchenasyl in Bremen und Bremerhaven"  
(Anfrage des Abgeordneten Tassis (AfD) - L 17)  
(Vorlage 2383/19)

---

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2383/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage des Abgeordneten Tassis (AfD) in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) mit der Maßgabe folgender Änderungen zu:

- In der Antwort auf Frage 1 wird im zweiten Satz nach dem Wort „hat“ folgender Halbsatz eingeschoben:  
„aufgrund einer Information der Bundesregierung an den Bundestag“
- In der Antwort auf Frage 1 wird am Ende folgender Satz eingefügt:  
„Eigene statistische Daten liegen dem Senat nicht vor.“
- In der Antwort auf Frage 2 wird das Wort „Person“ in „Personen“ geändert.

- 4376.) "Vorgehen bei Kinderehen"  
(Anfrage der Fraktion der CDU - L 18)  
(Vorlage 2385/19)
- 

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2385/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der CDU in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 4377.) "Verkehrssicherheit erhöhen - Maßnahmen gegen Autoposer"  
(Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN - L 19)
- 

Beschluss:

Der Senat nimmt zur Kenntnis, dass die Anfrage vom Fragesteller zurückgezogen wurde.

- 4378.) "Gestohlene und unwirksame Krebsmedikamente - ist auch das Land Bremen betroffen?"  
(Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN - L 20)  
(Tischvorlage der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 21.09.2018)
- 

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 21. September 2018 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 4379.) "Keine Nachbesetzung der freien Stelle beim Versicherungsamt – Keine unabhängige Beratung mehr für Rentenversicherte in Bremen?"  
(Anfrage der Fraktion der FDP - L 21)  
(Tischvorlage der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 21.09.2018)
- 

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 21. September 2018 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der FDP in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 4382.) Personalbericht 2018  
Bericht über die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes mit den Daten des Jahres 2016  
(Vorlage 2365/19 und Neufassung des Personalberichts der Senatorin für Finanzen vom 24.09.2018)
- 

Beschluss:

Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2365/19 den „Personalbericht 2018 - Bericht über die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes mit den Daten des Jahres 2016“ der Senatorin für Finanzen zur Kenntnis und beschließt die Mitteilung und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Kenntnisnahme.

- 4383.) Beirat bei der Hauptverwaltung Hannover der Deutschen Bundesbank – Anpassung des Rotationsprinzips für das Mitglied des Kreditgewerbes  
(Vorlage 2366/19)
- 

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2366/19 für die zukünftige Besetzung des Mandats „Kreditwirtschaft – Sparkassen“ beim Beirat bei der Deutschen Bundesbank, Hauptverwaltung in Bremen, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt rotierend Vertreter der beiden

Kreditinstitute mit Sitz im Land Bremen, die die meisten Zweigstellen unterhalten. Maßgeblich für diese Einordnung ist das Verzeichnis der Kreditinstitute der Deutschen Bundesbank zu Beginn des Benennungsverfahrens.

2. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass unter „B. Lösung“ nach den Worten „ein Nachfolger“ „bzw. eine Nachfolgerin“ ergänzt wird.

4384.) Beschlussfassung über die Förderung des Projektes Neubau KiTa bei der VHS / ABS Obervieland ("KiTa Theodor-Billroth-Straße") im Rahmen des Landesprogrammes Investitionspakt Soziale Integration im Quartier 2017 (Vorlage 2368/19)

---

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2368/19 die Planungen des Projektes Neubau KiTa bei der VHS / ABS Obervieland („KiTa Theodor-Billroth-Straße“) zur Kenntnis und stimmt der Förderung der Maßnahme zu.
2. Der Senat bittet die Senatorin für Kinder und Bildung die zusätzliche Verpflichtungsermächtigung in Höhe von insgesamt 5.008.875 € über die Senatorin für Finanzen beim Haushalts- und Finanzausschuss einzuholen.

4385.) "Personelle Verstärkung der Bremischen Wohn- und Betreuungsaufsicht" (Antrag der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der SPD - Drs. 19/1645)  
(Vorlage 2380/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 20.09.2018)

---

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 20. September 2018 der

Personalaufstockung i. H. v. 2 VZE zu. Die Finanzierung erfolgt aus dezentralen Mitteln der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport. Für den Fall, dass eine Ressort-Finanzierung im Vollzug der Haushalte 2018/2019 nicht möglich ist, wird im Rahmen der Controlling-Berichterstattung durch die Senatorin für Finanzen ein Vorschlag für einen Ausgleich vorgelegt.

4386.) "Kampfhunde in der Nachbarschaft – Was wird kontrolliert und sanktioniert?"  
(Kleine Anfrage der Fraktion der SPD)  
(Vorlage 2382/19)

---

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2382/19 schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

4387.) Entschließung des Bundesrates zu einem aktuellen Thema der Behindertenpolitik (Schwerbehindertenausweis)  
Antrag der Freien Hansestadt Bremen  
(Vorlage 2388/19)

---

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2388/19, den Antrag „Es ist normal, verschieden zu sein“ auf der Sitzung des Plenums des Bundesrates am 19. Oktober 2018 einzubringen.

4388.) Sanierungsbericht der Freien Hansestadt Bremen vom September 2018  
(Vorlage 2389/19)

---

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2389/19 den Sanierungsbericht der Freien Hansestadt Bremen vom September 2018 und bittet die Senatorin für Finanzen um Zuleitung des Berichts an den Stabilitätsrat bis zum 1. Oktober 2018.
2. Der Senat beschließt die Mitteilung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis mit der Maßgabe folgender Änderungen:
  - Im Bericht unter „2. Einhaltung des Sanierungspfades“ wird in der Tabelle 1 der Klammerzusatz „(freiwilliger Abzug)“ ersatzlos gestrichen.
  - Im Bericht in der Tabelle „Maßnahmen des bis 2020 verlängerten Sanierungsprogramms“ wird unter „Nr. 2k“ bei der Kurzbeschreibung der Maßnahme im letzten Satz das Wort „zweieinhalb“ in „zwei“ geändert.
3. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass die Gender-Prüfung folgende Fassung erhält: „Der Bericht berührt keine Genderaspekte.“

4389.) Bericht der Freien Hansestadt Bremen zur Haushaltslage gem. § 3 Abs. 2  
Stabilitätsratsgesetz – Stabilitätsbericht 2018  
(Vorlage 2390/19)

---

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2390/19 den Bericht zur Haushaltslage der Freien Hansestadt Bremen 2018 gemäß § 3 Absatz 2 des Stabilitätsratsgesetzes und bittet die Senatorin für Finanzen um Zuleitung des Berichts an den Stabilitätsrat.

2. Der Senat beschließt die Mitteilung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Kenntnisnahme.
3. Der Senat stellt fest, dass die Gender-Prüfung die folgende Fassung erhält: „Der Bericht berührt keine Genderaspekte“.

4390.) "Schrottautos" abgeschleppt! Und dann?"  
(Kleine Anfrage der Fraktion der FDP)  
(Vorlage 2392/19)

---

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2392/19 einer schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

4391.) "Löhne und Gehälter im öffentlichen Sektor unterhalb der Armutsschwelle"  
(Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE)  
(Vorlage 2393/19)

---

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2393/19 die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 17.08.2018 sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Kenntnisnahme.

- 4392.) Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens "Für unser lebenswertes Bremen — Städtebauliches Konzept zur Erhaltung des Rennbahngeländes im Bremer Osten als Grün-, Erholungs- und gemeinschaftlich genutzte Fläche"  
(Vorlage 2394/19 und Neufassung der Anlage 1 des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom 24.09.2018)
- 

Beschluss:

1. Der Senat lässt gemäß §§ 12 Abs. 1 S. 1, 22 BremVEG das Volksbegehren "Für unser lebenswertes Bremen — Städtebauliches Konzept zur Erhaltung des Rennbahngeländes im Bremer Osten als Grün-, Erholungs- und gemeinschaftlich genutzte Fläche" zu.
2. Der Senat bittet die Senatskanzlei, unverzüglich die Vertrauensperson des Volksbegehrens – Herrn Andreas Sponbiel – sowie die Wahlbereichsleiterin über die Zulassung des Volksbegehrens entsprechend der Ziffer 1 zu unterrichten und die Wahlbereichsleiterin zu ersuchen, gemäß §§ 13, 22 Brem-VEG die Zulassung des Volksbegehrens im Amtsblatt bekanntzumachen.
3. Der Senat bittet die Senatskanzlei, unverzüglich die Vertrauensperson des Volksbegehrens – Herrn Andreas Sponbiel – über die Zulassung des Volksbegehrens entsprechend der Ziffer 1 unter Übersendung dieser Senatsvorlage zu unterrichten.

- 4393.) Sachgrundlose Befristungen im öffentlichen Dienst  
(Vorlage 2395/19)
- 

Beschluss:

1. Der Senat beschließt, dass ab sofort keine sachgrundlosen Befristungen gem. § 14 Abs. 2 TzBfG im bremischen öffentlichen Dienst mehr vorgenommen werden. In begründeten Einzelfällen kann der Senat davon abweichen. Alle Dienststellen sind per Rundschreiben zu informieren.

Weitergehende Regelungsnotwendigkeiten für Beschäftigungsmaßnahmen werden zwischen dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen und der Senatorin für Finanzen geklärt.

2. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen in Abstimmung mit den Fachressorts, bei den unmittelbaren und mittelbaren Mehrheitsbeteiligungen der FHB - soweit es sich nicht um Aktiengesellschaften handelt - durch entsprechende Gesellschafter-/Trägerbeschlüsse den grundsätzlichen Verzicht auf sachgrundlose Befristungen gemäß § 14 Abs. 2 TzBfG, herbeizuführen. Der Senat bittet seine Aufsichtsratsmitglieder in Aktiengesellschaften im Rahmen ihrer Tätigkeit darauf hinzuwirken, dass das Instrument der sachgrundlosen Befristung nicht angewandt wird.
3. Der Senat bittet, die Senatorin für Finanzen den Beschluss unter Ziff. 1 im Rahmen der Novellierung der Ausschreibungsrichtlinien in der Fassung vom 25.08.2015 (Brem.ABl. Nr. 215 ausgegeben am 02.09.2010, ergänzt und verkündet am 04.09.2015) und des Verfahren über die Ausschreibung von Stellen des bremischen öffentlichen Dienstes mit zu berücksichtigen.